

Bertram Schröter

VERTRAULICH
=====

NOTIZEN

von der Vorstandssitzung am 12. Mai 1963 in Göttingen

Anwesende : Hans-Joachim Bartz, Roger Briottet, Klaus Buchheister, Lutz Caspers, Jörg Dervedde, Hans Flottau, Chris Hollaender, Winfried Kabermann, Alfred Knaus, Heinz-Gerhard Oelmann, Inge Schneider, Wolf-Dietrich Schildener, Bertram Schröter, Adolf Spaniel, zeitweise Ursula Schröter.

AS : begrüßt die Möglichkeit, in Ruhe und Ausführlichkeit über die Frage : Dienste in der DDR sprechen zu können. Er skizziert kurz die Entwicklung seit der Mitgliederversammlung in Frankfurt im März 1963 : die Besprechung Gerhard Krückebergs in Bonn, die Konsequenzen für unseren Zuschuß aus dem Bundesjugendplan, die Atmosphäre in der Bundesrepublik zur Ostfrage und die Möglichkeit einer Diskriminierung des IZD, die mögliche Zurückziehung der Anerkennung als Ersatzdienst-Trägerorganisation. Er streift einige Gründe, die gegen einen Dienst in der DDR sprechen : die FDJ als "promilitärische Organisation", die Auswirkungen einer Zusammenarbeit SCI - FDJ für Bewohner der DDR, die Beschränkung des Teilnehmerkreises, da Berliner und Flüchtlinge aus der DDR nicht an einem Dienst dort teilnehmen können, das persönliche Risiko für Westdeutsche, die den Gesetzen der DDR unterstehen.

RB : CH und er wurden vom IC zur deutschen Vorstandssitzung geschickt, da dieses nicht mit den Beschlüssen vom 30. / 31. März 63 einverstanden sei. Nach dem Gefühl des IC entsprechen diese nicht den vom IC im vergangenen Jahr beschlossenen Richtlinien. Durch die Haltung des deutschen Vorstandes würde die gesamte Frage von Diensten in der DDR erneut in Bewegung gebracht. Auf der Sitzung 1962 des IC sei in einer Diskussion zwischen dem deutschen Vertreter und dem IC vereinbart worden, daß außer der FDJ noch eine andere Organisation der DDR an dem Dienst beteiligt werden solle. Bei seinen Besprechungen in Berlin habe der Vertreter der FDJ, Herr Rumpel, jedoch behauptet, es gäbe in der DDR keine anderen Organisationen. In dieser sehr schwierigen Situation habe er erneut Besprechungen mit einigen Mitgliedern anderer Organisationen geführt, die ihm alle empfohlen hätten, daß der SCI einen Dienst mit der FDJ machen solle. Über all dies sei der deutsche Zweig laufend unterrichtet worden. Auf der Mitgliederversammlung in Frankfurt habe er den Eindruck gewonnen, daß von deutscher Seite keine wesentlichen Einwendungen gegen den geplanten Dienst erhoben würden, auch nicht unter den veränderten Bedingungen. Der britische Zweig, welcher die Vorbereitungen trafe, und er seien daher von den Beschlüssen des Vorstandes sehr überrascht worden. Das IC verstehe durchaus die schwierige Situation, in welche der deutsche Zweig geraten könne, er selbst habe darüber auch noch mal mit Gerhard Krückeberg gesprochen. Aber wenn auch ein solches Risiko bestünde, wenn die Arbeit des SCI im Osten im Prinzip richtig sei, dürfe man ein solches nicht fürchten.

CH : Außerdem könne man mit der Hilfe der internationalen Bewegung rechnen.

Diese letzte Frage sei der Mittelpunkt der Diskussion im IC gewesen. Man würde seit drei Jahren über die Möglichkeiten zu einem Dienst in der DDR beraten und sei sich darüber im Klaren gewesen, daß die Bedingungen zu einem solchen Lager nicht wie die eines gewöhnlichen Dienstes sein könnten und mit den örtlichen Jugendorganisationen ausgehandelt werden müßten. Die Möglichkeit, überhaupt in ein Gespräch zu kommen, sei hierbei wichtiger gewesen als die Modalitäten. Falls irgendwie die Möglichkeit dazu bestehe, müsse sie unbedingt genutzt werden. Auch in Holland gäbe es eine Diskriminierung, aber eine solche dürfe uns nicht hindern. Gerade im Osten sei "Friedensarbeit" im eigentlichen Sinne zu leisten und eben das sei die Aufgabe des SCI. Dies sei vom IC auch ausdrücklich so beschlossen worden.

HGO :

Man müsse Unterschiede machen : es könne durchaus richtig sein, was der SCI wolle, für den deutschen Zweig sei dies jedoch nicht der Fall. Der deutsche Zweig könne sich an einem Dienst nicht beteiligen. Dafür sei die besondere Situation Westdeutschlands ausschlaggebend. Für uns Deutsche bestehe ein Zwiespalt zwischen der Gefahr, daß Westdeutsche und Ostdeutsche sich nicht mehr verstehen und sich entfremden und der Gefahr, daß ein Kontakt zwischen dem SCI und der FDJ von der östlichen Propaganda zur Stärkung der östlichen Politik ausgeschlachtet wird. Wir müssen daher festhalten an den Beschlüssen, welche (von Ralph Hegnauer formuliert) auf der Mitgliederversammlung 1962 in Bochum gefaßt wurden : ein Dienst in der DDR würde begrüßt, vorausgesetzt, daß er mit und für die Bevölkerung statffinde.

AS :

Man solle jeden Türspalt nutzen, aber sollte doch daran denken, ob eine Fortführung dieser Arbeit auch in der Zukunft gesichert sei — oder ob es nicht für uns richtiger ist, den ersten Schritt allein dem IC zu überlassen.

WDS:

Bedenken kommen ihm mit der Ausschließlichkeit der FDJ als Partner. Der deutsche Zweig würde sich mit den Beschlüssen des Vorstandes vom März durchaus nicht als Bremsklotz vor den SCI stellen, er sei vielmehr bereit, seinen Standpunkt im Herbst aufgrund der Erfahrungen von Potsdam zu überprüfen

BS :

Man müsse Ertrag und Aufwand einer deutschen Beteiligung an einem Dienst in der DDR wägen. Wenn sicher sei, daß mit einem Dienst mehr als ein Tageserfolg zu erreichen sei, würde der deutsche Zweig sicher kein Risiko scheuen. Aber im Verhältnis zu dem, was auf dem Spiele stehe, stände der Erfolg eines solchen Dienstes in keinem Verhältnis. Deshalb sei eine Änderung der Vorstandsbeschlüsse ausgeschlossen.

Es gäbe außerdem einen wesentlichen Grund gegen Dienste in der DDR : Berliner würde grundsätzlich die Einreise in die DDR verweigert. Während der SCI aber als Bedingung für einen Dienst in Ägypten verlangt habe, daß auch Juden an einem solchen teilnehmen können müßten, wurde keine solche Bedingung für die Teilnahme von Berlinern an den Diensten in der DDR gestellt.

HF :

In der augenblicklichen Situation könne der deutsche Zweig sich nicht an einem Dienst in der DDR beteiligen, da eine Mitarbeit die Existenz des deutschen Zweiges aufs Spiel setze. Aber sicher müsse man die jetzigen Beschlüsse nach einiger Zeit überprüfen. Es gäbe für uns Deutsche außerdem die sehr viel wirkungsvollere Möglichkeit von privaten Reisen in die DDR, die nicht mit Kontakten mit kommunistischen Organisationen verbunden sei und den Interessen der Bevölkerung sicher mehr diene.

IS :

Nicht nur Berlinern, auch ehemaligen Bewohnern der DDR sei eine Teilnahme an den Diensten in der DDR verschlossen. Ausländer hätten außerdem die Chance, abgeschoben zu werden, wenn sie sich unbeliebt machen würden. Westdeutsche dagegen würden nach den Gesetzen der DDR behandelt und unter Umständen bestraft. Es sei schon deshalb für Westdeutsche außerordentlich schwierig, in einer Diskussion zu sprechen.

WDS:

WK :

Bekräftigt dies mit einem Hinweis auf das "Gesetz gegen Boykotthetze" der DDR.

CH :

Weist darauf hin, daß eine Beteiligung des deutschen Zweiges an einem Dienst in der DDR auch große Auswirkungen haben kann auf den Kreis der Spender etc.

Versteht, wenn der deutsche Zweig abwarten will. Die Beschlüsse des Vorstandes vom März würden aber ausgesprochen eine "Distanzierung" von den Beschlüssen des IC bedeuten, welche aber gerade den Willen der Mehrheit der Mitglieder des SCI entsprächen. Für ihn sei auch die FDJ ein Teil der Bevölkerung — und solange ein Kontakt mit den einzelnen FDJ-Mitgliedern und auch mit der Bevölkerung möglich sei, bejahe er einen Dienst in der DDR. Das Risiko für einen deutschen Freiwilligen sei nicht so groß, wie der Vorstand es befürchtet, weil hinter jedem einzelnen Freiwilligen die gesamte Arbeitslagerbewegung stehe. Der Osten sei an einer Trübung des Verhältnisses im gegenwärtigen Zeitpunkt sicher nicht interessiert. Das IC glaube daher die Verantwortung übernehmen zu können.

- Er erwarte mindestens eine "Billigung" des Dienstes in der DDR durch den deutschen Zweig — wenn schon keine Beteiligung möglich sei. Ansonsten solle man den Versuch, einen Westberliner in den Dienst zu schicken, ruhig machen — sozusagen als Test.
- RB : Auch auf der Sitzung des Coordination Committees in Paris seien ähnliche Probleme besprochen worden. Der deutsche Zweig solle jedoch zu den Prinzipien der internationalen Bewegung stehen — die Vorstandsbeschlüsse vom März seien jedoch das Gegenteil davon. Die DDR sei nicht nur gegenüber dem Westen isoliert, sondern auch gegenüber dem Osten. Von der World-Federation-of-Democratic-Youth sei zugesagt worden, für 1964 den ohne Zweifel starken Einfluß des WFDY geltend zu machen gegenüber der FDJ für liberale Bedingungen für Dienste in der DDR — vorausgesetzt allerdings, der Dienst 1963 liefere wie geplant. Der Faden dürfe daher unter keinen Umständen abreißen. Der deutsche Zweig dürfe deutsche Freiwillige nicht an der Teilnahme eines vom IC beschlossenen Dienstes hindern, mit einer besonderen Auswahl der Freiwilligen sei man jedoch sicher einverstanden. Er persönlich glaube nicht, daß eine Beteiligung des deutschen Zweiges an dem DDR-Lager Folgen haben würde, er halte die Bonner Stellungnahme mehr für die Ausübung eines Druckes. Bei einem Boykott des DDR-Lagers würde der SCI in seiner Ost-Arbeit um sechs Jahre zurückgeworfen. Die Quäker hätten Courage gehabt und bereits die ersten Erfolge in der DDR.
- AK : Findet den letzten Vorstandsbeschluß in seiner Formulierung zu hart und neigt zu einem Kompromiß. Man solle keine negative Stellungnahme abgeben.
- HJB : Glaubt, daß deutsche Freiwillige von der DDR propagandistisch ausgeschlachtet werden. Damit würde die Entsendung deutscher Freiwilliger zu einem Bumerang und niemandem helfen.
- RB : Ist bereit, sich mit der FDJ in Verbindung zu setzen, um sicherzustellen, daß mit deutschen Freiwilligen keine Propaganda gemacht wird.
- BS : Meint, daß die Verantwortung gegenüber den Freiwilligen zu tragen ist. Die Freiwilligen müßten nur vor Antritt des Dienstes auf die Gefahren hingewiesen werden und selbst entscheiden, ob sie das bestehende Risiko tragen wollen. In kritischen Situationen im Nahen Osten sei man ebenso verfahren. Eine Änderung der Vorstandsbeschlüsse vom März sei aus den bereits erwähnten Gründen nicht denkbar. Vielleicht sei aber bei erneuter Bestätigung dieser Beschlüsse ein Kompromiß möglich, indem der deutsche Zweig zwei Beobachter in das FDJ-Lager entsende. Diese sollten besonders ausgewählte Mitglieder sein, die mit der Situation des Ostens vertraut sind, möglichst gute Kenntnisse in Leninismus-Marxismus haben sollten, und von denen einer ein Berliner sein könnte.
- KB : Hält es prinzipiell für richtig, im Ostblock und mit kommunistischen Organisationen zu arbeiten. Er hätte es jedoch lieber gesehen, wenn nach den Diensten in der UdSSR und in Polen zuerst noch Dienste in anderen Ostblockstaaten stattgefunden hätten. Die DDR sei ohne Frage der schwierigste Staat im Osten. Aber die Frage sei ja bereits entschieden. Die Situation in Westdeutschland wäre jedoch so schwierig, daß es dem deutschen Zweig kaum möglich sei, etwas Positives zu unternehmen, wie das IC es wünsche. Er sei ferner nicht sicher, daß die von RB dargelegten Gedankengänge nicht zu sehr einer "westlichen" Denkweise entsprechen. Er fürchte, der SCI überschätze einfach seine Möglichkeiten.
- AS : Hält es für möglich, daß die politische Entwicklung eine Entspannung mit sich bringt und sich dann eine Zusammenarbeit mit östlichen Organisationen leichter herstellen läßt. Er halte nichts von Märtyrern.
- WDS: Plädiert für eine Revision des Vorstandsbeschlusses vom März. Der Absatz c) sollte gestrichen werden. Man müsse nur die Freiwilligen auf ihre eigene Verantwortung aufmerksam machen.

63 05 15 - 1 04

- RB : Wenn sich deutsche Freiwillige direkt beim englischen Zweig bewerben sollten, wird die Situation für den deutschen Zweig nur schlechter, weil dieser keinen direkten Kontakt zu

- dem Freiwilligen hat, und ferner ungeeignete Bewerber unkontrolliert angenommen werden könnten. Es sei daher besser, wenn der deutsche Zweig zwei qualifizierte Freiwillige benennen würde.
- HGO : Möchte noch einmal auf die sehr ernsten Folgen von Rückwirkungen hinweisen. Trotzdem sollte klar sein, daß wir in einer zwingenden Situation alles unternehmen werden, ohne Rücksichten auf Folgen. Er glaubt aber nicht, daß wir in einer solchen zwingenden Situation stehen.
- Ein Verständnis für die Situation des Europäischen Sekretärs dürfe jedoch nicht dazu führen, daß nicht auch die anderen Gesichtspunkte sorgfältig geprüft würden. So gibt er zu bedenken, daß nichts geschehen sollte, welches nicht auch positive Auswirkungen für die Bevölkerung der DDR mit sich bringt.
- Im Augenblick sei es günstiger, wenn der SCI ohne den deutschen Zweig in der DDR arbeite. Mit allen Kompromissen würde die Situation nicht klarer und außerdem für die Mitglieder nur schwerer verständlich.
- Er interpretiert den Punkt c) des Vorstandsbeschlusses : dieser soll dem deutschen Zweig die Möglichkeit zum Gespräch mit direkten Bewerbern geben, nicht jedoch zu deren "Abwerbung" dienen.
- CH: Hält einen Kompromiß für wünschenswert und würde die Entsendung von zwei "Beobachtern" begrüßen.
- AS :
- CH : Fragt, ob dem IC die Art der Abwicklung bei der Entsendung von Beobachtern wichtig sei?
- Würde das Formale zurückstellen. Er würde bei der Entsendung von "Beobachtern" akzeptieren, daß der deutsche Zweig sich nicht an dem Dienst in der DDR beteiligt.
- IS :
- Fragt, ob wir bei der Entsendung von Beobachtern und einer sonstigen Ablehnung nun eigentlich ja oder nein sagen ?
- CH :
- Berichtet, daß in Genf "Beobachter" sowohl der Bundesrepublik wie auch der DDR an den Sitzungen teilgenommen haben.
- IS :
- Hat Bedenken, ob es in der Situation eines Arbeitslagers überhaupt möglich ist, einen "Beobachter"-Standpunkt einzunehmen.
- BS :
- Tritt dafür ein, unsere Situation in einem Brief nach Bonn darzulegen und in diesem die Entsendung von zwei ausgesuchten "Beobachtern" mitzuteilen.
- LC :
- Stellt fest, daß ein "Beobachter" nur ein offiziell geschickter Vertreter einer Organisation sein kann. Er fragt, wie sich dieser verhalten soll ?
- BS :
- Schlägt vor, über den "Beobachter"-Bericht die Stellungnahme Bonns zur Frage von Ost-West-Kontakten zu testen.
- HF :
- Wendet sich gegen die Entsendung von Beobachtern. Der Vorstandsbeschuß sollte allerdings nach einem Jahr überprüft werden.
- HGO :
- Stellt fest, daß sich die Beschlüsse des Vorstandes vom März nur auf den einen Dienst in Potsdam beziehen. Für einen nächsten Dienst seien daher auch neue Beschlüsse erforderlich.
- WDS:
- Bekräftigt erneut seinen Standpunkt, sich nicht an einem Dienst in der DDR zu beteiligen.
- IS :
- Schlägt vor, in Verhandlungen zwischen dem IC und der FDJ zu erreichen, daß Freiwillige aus der DDR an Diensten außerhalb des Ostblocks teilnehmen können.
- HGO :
- Meint, anschließend an den Dienst in der DDR solle ein Themenlager über Ost-West durchgeführt werden mit Teilnahme von Freiwilligen aus dem DDR-Lager.
- LC :
- Schlägt vor, daß sich das internationale oder das europäische Sekretariat mit Bonn in Verbindung setzt.
- 63 05 15 - 1 05
- BS :
- Widerspricht dem. Nur der deutsche Zweig habe etwas mit Bonner Stellen zu tun, deshalb könne eigentlich auch nur der deutsche Zweig die Meinung der Bonner Stellen erfragen.
- RB :
- Bittet erneut, den Absatz c) der Vorstandsbeschlüsse zu ändern.
- HGO :
- Ist gegen eine Änderung der Beschlüsse.
- BS :
- Betont, daß die Beschlüsse schon aus optischen Gründen nicht geändert werden dürften,

- denn die grundsätzliche Stellungnahme zum Dienst in der DDR habe sich ja auch nicht geändert.
- CH : Verabschiedet sich und bittet abschließend noch einmal darum, zu überprüfen, ob die Entsendung von wenigstens zwei deutschen Freiwilligen sich nicht doch einrichten ließe — egal unter welchen Modalitäten.
- LC : Fragt erneut, wie ein "Beobachter" aussehen würde und welche Funktion er habe.
- JD : Würde es lieber sehen, wenn man zwei "Vertreter" senden würde. Diese sollten vom IC geschickt werden, jedenfalls nicht vom deutschen Zweig.
- AS : Bittet darum, daß jeder seine Meinung über die Entsendung von "Beobachtern" sagt.
- RB : Bemerkt, der Dienst in der DDR stehe unter der Verantwortung des IC; es sei eindeutig klar, daß der deutsche Zweig keinerlei Verantwortung für den Dienst trage.
- BS : Hält es für unbedingt notwendig, als "Beobachter" nur besonders ausgewählte erfahrene Freiwillige zu schicken, keinesfalls aber irgendwen.
- AS : Glaubt nach wie vor, daß der deutsche Zweig nicht an dem Dienst in der DDR teilnehmen solle. Der Wunsch des IC, trotzdem jemand zu schicken, werfe zwei Fragen auf : ob wir überhaupt wollen, und wenn ja, wie dies zu machen sei. Dabei wäre zu klären, ob die Entsendung von "Beobachtern" mit der Grundsatzentscheidung — den Beschlüssen des Vorstandes vom März — vereinbar sei. Diese Entscheidung solle ohne Berücksichtigung Bonns gefaßt werden.
- WDS : Hält es nicht für zweckmäßig, einen deutschen Beobachter zu schicken. Es würden sicher genügend viele Berichte über den Dienst von anderen westlichen Teilnehmern geschrieben, so daß man auch ohne einen deutschen Teilnehmer genügend orientiert werde.
- HGO : Hält es für den Augenblick für notwendig festzustellen, wie der Vorstand denkt. Er betont ebenfalls, daß es bei einer internationalen Organisation wie dem SCI nicht erforderlich sei, speziell einen deutschen Beobachter zur Berichterstattung in dem Dienst in der DDR zu haben.
- IS : Ist gegen eine Entsendung von Beobachtern.
- HJB : Verneint eine Teilnahme deutscher Freiwilliger, solange die FDJ alleiniger Partner des SCI ist.
- AS : Stimmt gegen einen "offiziellen" Vertreter des deutschen Zweiges.
- BS : Tritt für einen offiziellen "Beobachter" ein, allerdings unter der Voraussetzung der vorherigen Mitteilung unserer Absichten nach Bonn.
- KB : Ist für die Entsendung von offiziellen Beobachtern bei weiterem Bestehen des Vorstandsbeschlüsse vom März.
- RB : Legt keinen Wert auf die "Form" der Teilnahme deutscher Freiwilliger; ihm liege nur an einer Teilnahme von Westdeutschen. Es gelte, einen technischen Weg zu finden, der es ermöglicht, zwei deutsche Freiwillige in das DDR-Lager zu bekommen, ohne damit den deutschen Zweig zu kompromittieren.
- AS : Stellt den Antrag :
Der Vorstand möge beschließen, daß ein bis zwei Freunde auf Einladung des Europäischen Sekretariats als Beobachter an dem Dienst in Potsdam teilnehmen, sofern auf vorherige Anfrage von offiziellen Regierungsstellen in Bonn nicht dringend davon abgeraten wird.
Abstimmung : Ja 4 / Nein 2 / Enthaltung 1.

63 05 15 - 1 06

- HJB : Stellt den Antrag :
Der Vorstand möge beschließen, daß die Anfrage in Bonn von dem Europäischen Sekretariat gestellt wird.
Abstimmung : Ja 1 / Nein 5 / Enthaltung 1.
- Es wird vereinbart, daß der Antrag vom deutschen Zweig gestellt wird unter Beifügung einer Einladung zur Entsendung von zwei Beobachtern des Europäischen Sekretariats. LC, AS und BS sollen RB einen Vorschlag zur Formulierung der Einladung senden.

Über die Beschlüsse des Vorstandes und den Dienst in der DDR darf erst berichtet werden, wenn der Dienst dort angelaufen ist.

Je einen Durchschlag dieser Notizen erhalten :

Hans-Joachim Bartz

Lutz Caspers

Heinz-Gerhard Oelmann

Inge Schneider

Wolf-Dietrich Schildener

Bertram Schröter

Adolf Spaniel

Roger Briottet

Chris Hollaender

Göttingen, den 15. Mai 1963

Bertram Schröter